

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2018, Nr. 137, S. 18

Kritik an Schlichtung

Friede zwischen Verlagen, ARD, ZDF freut nicht alle

Bei der Pressekonferenz, auf der am Donnerstag in Berlin die medienpolitischen Beschlüsse der Ministerpräsidenten kundgetan wurden, sagte die rheinland-pfälzische Regierungschefin Malu Dreyer (SPD): Hier am Tisch sitzen nur Gewinner. Sie meinte die Politik, die Intendanten der Öffentlich-Rechtlichen und den Präsidenten des Zeitungsverlegerverbands. Sie alle könnten sich über die Einigung im Streit zwischen Verlagen und Sendern um Online-Texte freuen. Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, sprach gar von einem "historischen" Ereignis.

Ob die Regelung trägt, die besagt, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio einen "Schwerpunkt" auf Bild und Ton legen - sendungsbegleitende, erläuternde Texte und Transkriptionen sind erlaubt -, wird sich zeigen. Auch, ob eine Schlichtungsstelle Konflikte lösen kann. Kritik daran und an anderen Punkten kommt indes von jenen, die in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz in Berlin nicht mit am Tisch saßen.

Dass ARD und ZDF ihre Mediatheken unbegrenzt bespielen dürfen, auch mit Inhalten, die sie selbst nicht komplett finanziert haben, macht die Filmwirtschaft, wie gestern zitiert, "fassungslos". Die Dokumentarfilmer, die oft eigenes Geld zuschießen, sehen sich einer Existenzgrundlage beraubt, wie der Chef der AG Dok, Thomas Frickel, sagte. Auch die Produzentenallianz ist nicht erfreut: Die Ministerpräsidenten dürften "die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und legitimen Interessen von Produzenten und Urhebern nicht vergessen". Kritisch zeigten sich die Verbände der Regisseure, Drehbuchautoren und der Privatsenderverband Vaunet. Dieser mahnte, die Politik müsse nicht nur auf den Ausgleich zwischen öffentlich-rechtlichen Sendern und Presseverlagen achten, die Ausweitung der Mediatheken habe auch Auswirkungen auf den privaten Rundfunk. Es sei fraglich, ob dies mit europäischem Recht konform gehe. Was ARD und ZDF angehe, sei eine Strukturkommission vonnöten, an der alle Wettbewerber zu beteiligen seien.

An der Befriedung des Konflikts zwischen Verlagen und Öffentlich-Rechtlichen übt der DJV-Gewerkschaftschef, Frank Überall, Kritik. Er hält die geplante Schiedsstelle für einen Eingriff in die Rundfunkfreiheit. Nun entschieden "Externe" über Inhalte von Portalen wie tagesschau.de oder heute.de. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner hält den Beschluss der Ministerpräsidenten für "rückwärtsgewandt und verfassungswidrig". Er stelle einen Eingriff in die "Programmautonomie" dar. Dass die Zeitbeschränkung der Mediatheken fällt, heißt Rößner gut - wenn die Rechteinhaber kreativer Inhalte "angemessen" vergütet werden. Der medienpolitische Sprecher der CDU im baden-württembergischen Landtag, **Raimund Haser**, verkündete, man begrüße die Freigabe der Mediatheken ebenso wie den Kompromiss zwischen Verlagen und Öffentlich-Rechtlichen. Zugleich verwies er darauf, dass die Beratung der Indexierung des Rundfunkbeitrags - was sechs Länder vorgeschlagen hatten und breit diskutiert wurde - zu keinem Ergebnis geführt habe. Diesen "Automatismus" sehe man auch sehr kritisch, es sei gut, dass bis Dezember Zeit bleibe, dies zu beraten. In diesem Punkt, so ist zu erfahren, fühlte sich die CDU von ihrem Koalitionspartner, den Grünen, über den Tisch gezogen: Die Staatskanzlei in Stuttgart hatte den Vorschlag, den Rundfunkbeitrag alle zwei Jahre automatisch zu erhöhen, befürwortet.

miha.

| | |
|------------------------|------------------------------------------------------------|
| Quelle: | Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2018, Nr. 137, S. 18 |
| Ressort: | Seitenüberschrift: Medien Ressort: Feuilleton |
| Branchen-Code: | 4830 Fernsehen und Hörfunk 4830 Fernsehen und Hörfunk |
| Sic-Code: | S4830 Radio, Fernsehen S4830 Radio, Fernsehen |
| Sach-Codes: | KOMM Kommunikation und Medien |
| Dokumentnummer: | FD1N201806165446392 |

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.genios.de/document/FAZ_FD1N201806165446392

